

Hubertus Buchstein/Frank Nullmeier

Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte

Seit kurzer Zeit macht ein neuer Begriff im politischen Vokabular die Runde: die ‚Postdemokratie‘. Was ist dran an diesem vergleichsweise neuen Wort? Von wem wird es verwendet und mit welchem analytischen und politischen Potential?¹

Die Entstehungskontexte der aktuellen Rede von der ‚Postdemokratie‘ lassen sich recht genau fixieren. Ganz anders übrigens als bei seinem Stammwort ‚Demokratie‘, bei dem selbst intensivste Forschungen bis heute noch keine Klarheit darüber gebracht haben, in welchem Zusammenhang und mit welcher Bedeutung dieser Begriff in der Antike tatsächlich zum ersten Mal Verwendung gefunden hatte. Bei der ‚Postdemokratie‘ ist eher bemerkenswert, dass das Wort fast gleichzeitig in fünf verschiedenen Sprachen – französisch, spanisch, englisch, italienisch und deutsch – auftaucht und sich in mindestens ebenso vielen, die Ländergrenzen sprengenden Diskussionskontexten verorten lässt.

• Unseres Wissens taucht das Wort ‚postdémocratie‘ zum ersten Mal in Jacques Rancières philosophischem Essay *La Méésentente* aus dem Jahre 1995 (dt. 2002) auf (vgl. Rancière 2002: 105-131; 1997 und 2005: 58ff).² Der Begriff fungiert bei ihm als Chiffre für seine kulturkritische These von dem „Verschwinden der Politik“ (Rancière 2002: 112) aus modernen Gesellschaften und ihrer Ersetzung durch eine Ökonomisierung und Verrechtlichung der gesellschaftlichen Beziehungen. Ausgehend von dieser Diagnose bestimmt Rancière Politik als Aufbrechen einer bestehenden Ordnung und plädiert für ein radikal emanzipatorisches Modell politischen Handelns im Namen der Gleichheit.³

• Etwas später stößt man in einem ganz anderen politischen Diskussionskontext auf eine spani-

sche Version des Wortes. ‚Posdemocràtico‘ findet sich seit Ende der 1990er Jahre in Arbeiten von Norberto Ceresole, einem argentinischen Sozialwissenschaftler mit langer linker Tradition und großer politischer Nähe zu dem seit 1998 in Venezuela regierenden Präsidenten Hugo Chávez. Ceresole bezeichnet mit ‚Posdemocràtico‘ das auf die Person Chávez zugeschnittene Regierungsmodell und interpretiert es als Resultat des gelungenen Übergangs von der traditionell liberal-repräsentativen Demokratie hin zu einer plebiszitären Demokratie, die in der Figur eines entschlossen handelnden, charismatischen *caudillo* ihre politische Einheit findet (vgl. Ceresole 1999, 2000).⁴ Zu dieser Diskussion über den neuen Linkspopulismus in Lateinamerika gehört auch die Verwendung des Begriffs durch César Cansino und Israel Covarrubias, bei denen er allerdings als Negativfolie fungiert, um antidemokratische Formen des Linkspopulismus von demokratieverträglicheren zu unterscheiden (vgl. Cansino/Covarrubias 2005).⁵

• Am systematischsten ausgearbeitet ist ‚Post-Democracy‘ bei Colin Crouch, der seine Überlegungen erstmals im Jahre 2000 in einem Vortrag vor der britischen Fabian Society präsentierte. Später wurde dieser Text zu einer kleinen Monographie ausgearbeitet, die den Begriff auch programmatisch im Titel führt.⁶ Zunächst auf italienisch im Jahre 2001. Dieser Text wurde dann zur Basis des englischsprachigen Buches (Crouch 2004). Ausführlicher zu dem Verwendungskontext von Crouch die Beiträge von E. Richter, D. Jörke und K. Fischer in diesem Heft.

Folgt man Crouch, so sind die Institutionen der parlamentarischen Demokratie – periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Gewaltenteilung – formal gesehen völlig intakt.

Ein postdemokratisches politisches System weist somit durchaus noch die formalen Eigenschaften demokratischer Regime auf und ist daher auch nicht mit prädemokratischen oder undemokratischen Gesellschaften gleichzusetzen. Dennoch stimmt die dahinter stehende Figur der Legitimationsableitung politischen Handelns aus der Partizipation der Bürger kaum noch mit den realen Gegebenheiten überein. Der öffentliche Wahlkampf ist ein Spektakel, das von rivalisierenden Teams professioneller Spindoctors gemanagt wird. Sie bestimmen die politische Agenda durch die Auswahl und anschließende Inszenierung von wenigen Themen, die zudem immer stärker personalisiert werden. Bürger spielen dabei lediglich eine passive, stille, vielfach apathische Rolle, unfähig zur eigenen Gestaltung der politischen Auseinandersetzung. Im Rücken dieser Inszenierung des ‚Wahlspiels‘, so Crouch, findet dann der tatsächliche politische Prozess statt. Nicht nur im englischen, sondern auch im deutschen Sprachraum ist es bislang vor allem diese an Crouch geschulte Begriffsverwendung, mit der das Wort Postdemokratie Eingang in aktuelle demokratietheoretische Debatten im Fach Politikwissenschaft gefunden hat (vgl. Blühdorn 2004; Buchstein/Jörke 2003 und 2006; Jörke 2005).

Seltener wurde dagegen ein anderer Strang der Argumentation bei Crouch rezipiert, der den Untergang der Klassen und der auf Klassen beruhenden Politik beschreibt – im Übrigen eine Parallele zur These der Entpolitisierung von Rancière. Nach Crouch waren es die großen sozialstrukturellen Gruppen, die vermittelt über Parteien und Verbände das Fundament der Massendemokratie bildeten. An die Stelle von Großgruppen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden treten nun zunehmend einzelne große Unternehmen als politische Akteure, die nicht mehr in korporatistische Arrangements eingebunden sind. Die neue postdemokratische Politik ist nach Crouch eine von einzelnen Unternehmen bestimmte Politik.

• Zur Einführung des Begriffs im deutschen Sprachraum trug ein Interviewband mit Ralf Dahrendorf bei, der erstmals 2001 im italienischen Original und ein Jahr später auf deutsch erschien, in dem Dahrendorf mehrfach auf Crouch rekurrierte (vgl. Dahrendorf 2002: 8f, 66f). Solche zum Teil verwinkelten Transferwege machen im Übrigen deutlich, wie sehr die Debatte über ‚Postdemokratie‘ von Beginn an eine international geführte Debatte ist.

• Im gleichen Jahr findet sich dieser Terminus in den USA bei Sheldon S. Wolin im Schlusskapitel seines großen Buches über Tocqueville. Bei Wolin, der mittlerweile zum Urgestein der amerikanischen politischen Philosophie und Ideengeschichte zählt, hat der Begriff eine ähnlich polemisch-kritische Funktion wie bei Rancière. Wolin versteht unter Postdemokratie eine vom Konsumismus durchtränkte politische Kultur, wie er sie paradigmatisch in der modernen US-amerikanischen Gesellschaft sieht, und deren privatistische Mentalität sich wie Mehltau über das Interesse an Politik und das Engagement im öffentlichen Raum gelegt hat (vgl. Wolin 2001).

• Und als würden diese unterschiedlichen Verwendungskontexte nicht bereits genügend Klärungsbedarf provozieren, hat der Begriff Postdemokratie seit Neuestem auch Einzug in das Vokabular des politischen Feuilletons und der tagespolitischen Debatten gehalten und hat die Funktion, die damit bezeichneten Akteure oder Institutionen finsterner Machenschaften zu bezichtigen. So etwa, wenn der tschechische Präsident Václav Klaus während einer Sitzung des Europarats in Warschau die Europäische Union als eine ‚postdemokratische Institution‘ kritisiert, weil sie NGOs in den politischen Prozess integriere; so, wenn Romano Prodi die italienischen Wähler vor die dramatische Entscheidung ‚Berlusconi und Postdemokratie‘ versus ‚Prodi und Demokratie‘ stellt; oder, wenn der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter den bundesdeutschen Parlamentarismus in

einem ‚neuen Zeitalter der Postdemokratie‘ in eine massive Krise gekommen sieht (vgl. Klaus 2005; Prodi 2006; Walter 2006).

Angesichts dieser Vielfalt fast gleichzeitig beobachtbarer Verwendungskontexte ist es sinnvoll, diese Begriffsverwendungen zunächst präziser zu befragen. Auch wenn der Begriff ‚Postdemokratie‘ ganz neuen Datums ist, bietet es sich an, dabei auf das Instrumentarium der historischen Begriffsanalyse zu rekurrieren. Die zu stellenden Fragen lauten: Welche semantischen Felder umfasst der Begriff? Welche analytischen Potenziale hat der Begriff und wo liegen seine Grenzen? Zu welchen Missverständnissen lädt der Begriff ein? Welche Umdeutungen erlaubt der Begriff? Mit welchen politischen Absichten wird der Begriff verwendet? Welche gesellschaftlichen Akteure rekurrieren auf diesen Begriff?

Dimensionen der Begriffsverwendung

Nimmt man diese Fragen als Ausgangspunkt, dann haben die eingangs aufgelisteten Reden

von der ‚Postdemokratie‘ zunächst nicht allzu viel gemeinsam. Sowohl in evaluativer wie in deskriptiver Hinsicht wird der Begriff völlig unterschiedlich verwendet:

- Zwar ist das Wort bei den genannten Autoren aus dem englischen, deutschen und französischen Sprachraum eindeutig negativ konnotiert und in kritischer Absicht verwendet. Im latein-amerikanischen Kontext wird es allerdings explizit positiv belegt – worauf sich dann wiederum im Gegenzug ein Teil der Kritik am Begriff Postdemokratie entzündet (in diesem Heft in den Beiträgen von Richter und Fischer).
- Weitere Unterschiede lassen sich in den mit diesem Begriff jeweils in den Fokus gerückten Phänomenen erkennen. So zielen Rancière und Wolin primär auf die politische Kultur moderner Demokratien, Crouch auf Funktionsdefizite traditioneller liberal-demokratischer Institutionen und Ceresole auf eine ibero-romanische Alternative zur westlichen Demokratie, zu deren Kernaufgaben eine seiner Überzeugung nach nur mit autoritären Mitteln zu erreichende Einkommensumverteilung gehört.



• Und schließlich unterscheiden sich die Verwender des Begriffs auch darin, welche Bedeutung sie dem neuen Wort letztlich konkret zumessen. Für Norberto Ceresole bringt es ein radikales linkspopulistisches Alternativprojekt zur liberalen Demokratie auf den Begriff. Bei Wolin und Rancière artikuliert die Begriffsverwendung demgegenüber eine demokratische Melancholie, die mit der Vermutung operiert, dass der Demokratie ihre große Zeit nicht erst bevorsteht, sondern dass sie sie möglicherweise schon hinter sich hat. Damit wird der geschichtsphilosophische Fortschrittsoptimismus beendet, der der modernen Demokratietheorie bislang eingeschrieben war. Sehr viel unverbindlicher geht Croucht mit dem Begriff um, obwohl er derjenige ist, der die größte systematische Gedankenanstrengung an ihn verwendet. Bei ihm erfüllt der Begriff letztlich eine didaktische und motivierende Funktion, denn er soll – konträr zu Crouchs Analyse – letztlich dazu animieren, die liberale Demokratie zu revitalisieren. Hier dokumentiert die Rede von der ‚Postdemokratie‘ keine resignative Wende in der modernen Demokratietheorie, sondern soll eine Semantik der demokratischen Selbstkritik bereitstellen, die an die historische Kontingenz der Bestandsvoraussetzungen demokratischer Systeme erinnert.

Was kann der Begriff ‚Postdemokratie‘ in diesem Geflecht empirischer und normativer Aussagen leisten? Sind einige der monierten Entwicklungen nicht treffender als ‚konter-demokratisch‘ oder schlicht ‚undemokratisch‘ zu bezeichnen? Oder sind andere Begriffe wie ‚postliberal‘, ‚postparlamentarisch‘ oder gar ‚postpolitisch‘ nicht besser geeignet, aktuelle Verschiebungen in den westlichen Demokratien zu benennen?

So konträr wie die bisherige Debatte bislang geführt wird, so konträr fallen auch die Beiträge des thematischen Heftschwerpunktes des vorliegenden ‚Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen‘ aus. Die ausgewählten Beiträge gehen zurück auf eine Tagung der Sektionen ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ und ‚Staats-

lehre und Politische Verwaltung‘, die vom 23. bis 25. Februar 2006 an der Universität Bremen durchgeführt wurde. Doch so inhaltlich kontrovers die Beiträge auch ausfallen, so konvergieren sie doch in einer Hinsicht: Sie alle nehmen das Thema nicht als eine scheinbar rein objektiv-wissenschaftliche Thematik auf, sondern stellen den evaluativ-deskriptiven Doppelcharakter des Begriffs Postdemokratie in das Zentrum ihrer Überlegungen. Sie thematisieren damit nicht nur die analytischen Kapazitäten des Begriffs oder Facetten seines deskriptiven Gehalts, sondern setzen sich auch mit den politischen Akteuren und politischen Intentionen, die mit diesem Begriff verbunden sind, auseinander.

Der Doppelcharakter des Begriffs Postdemokratie

Den Auftakt macht *Emanuel Richter* mit einer so detaillierten wie fulminanten Kritik an der Rede von der Postdemokratie. Der Begriff suggeriere, dass ein zentrales und seit langem etabliertes Leitbild der politischen Selbstorganisation in westlichen Gesellschaften ausgezehrt und obsolet geworden sei. Aber sowohl in konzeptioneller wie auch in normativer Hinsicht bleibe der Begriff diffus, widersprüchlich und irreführend. So sei bislang nicht einmal entschieden, ob die Vokabel als Kritikbegriff, als Beschreibungsterminus oder gar als politische Programmokabel diene – als Beleg für letztere Ambitionen führt Richter verschiedene belletristische Bücher aus dem deutschsprachigen Raum auf, deren Autoren einen politikverdrossenen Zeitgeist kultivieren. ‚Postdemokratie‘ ist aus Richters Sicht bestenfalls ein verfehelter Name für eine teilweise richtige Kritik. Diese Kritik, so Richters Fazit, benötige wieder mehr Klarheit über ihr normatives Demokratieverständnis und mehr Mut zur institutionellen Phantasie, statt mit der eigenen politischen Resignation zu kokettieren.

Demgegenüber verteidigt *Dirk Jörke* zwar nicht alle Reden von der Postdemokratie; aber

doch eine bestimmte begriffliche Fassung, die er in Anschluss an Colin Crouch weiter konkretisiert. Auf der empirischen Ebene benennt er die Entwicklung westlicher Demokratien in Richtung von ‚Enklavendemokratien‘ sowie die forcierte Exklusion oder Selbstexklusion der Unterschichten vom Politikbetrieb als kennzeichnende Merkmale für postdemokratische Tendenzen. Auf der theoriepolitischen Ebene plädiert Jörke für einen ‚warnenden Gebrauch‘ des Wortes Postdemokratie, dem die Hoffnung auf eine Renaissance partizipatorischer Demokratie unschwer abzulesen ist.

Einen anderen Kontrapunkt setzt der Beitrag von *Karsten Fischer*, indem er einen auffälligen gemeinsamen Nenner aller Theoretiker der Postdemokratie identifiziert. Jenseits ihrer sonstigen Differenzen seien sich ihre bisherigen Hauptvertreter Rancière, Ceresole und Crouch – und Jörkes Beitrag kann unschwer ebenso in diese Liste aufgenommen werden – doch in einem Punkt einig: in ihrer Kritik an einer Demokratie, die sich institutionell über Interessengruppen und andere intermediäre Organisationen, Politiknetzwerke und korporatistische Arrangements organisiert. Diese Gemeinsamkeit nimmt Fischer zum Anlass seiner Prüfung der demokratietheoretischen Gehalte des ‚Netzwerk-Staates‘. Vor allem in der Auseinandersetzung mit neueren Arbeiten, die die aktuellen Tendenzen einer ‚Enthierarchisierung des Staates‘ nicht nur diagnostizieren, sondern darin auch ein Modell zukünftiger politischer Regulation erblicken, gelangt Fischer zu der demokratietheoretischen Pointe, dass jede auch nur halbwegs funktionierende Demokratie der Zukunft die traditionelle Staatlichkeit nicht ersetzen kann, sondern auf ein erhebliches ‚mehr Staat wagen‘ angewiesen ist.

Vor dem Hintergrund der erwähnten lateinamerikanischen Wortverwendung rückt *Ingrid Wehr* die theoriepolitische Bedeutung dieses Diskurses für die gegenwärtige Selbstverständigung in Lateinamerika zum Thema Demokratie zu-

recht, indem sie dem in Europa häufig vermittelten Bild eines vorrangig von Neo-Populismus und *caudillismo* geprägten Kontinents widerspricht. Zwar weisen die neuen Demokratien Lateinamerikas insbesondere bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit extreme Leistungsdefizite auf und finden die derzeitigen demokratischen Regierungsformen in jüngeren Umfragen des Latinobarometers nur geringe Unterstützung. Dennoch gibt es Wehr zufolge weder in den demokratietheoretischen noch in den tagespolitischen Debatten eine Grundstimmung, die sich als Abkehr von oder Überwindung der Demokratie deuten ließe. Stattdessen identifiziert Wehr ein wachsendes Bewusstsein für die politischen Kosten neo-liberaler Modernisierungspolitiken und ein gestiegenes Interesse an Reformprojekten, die auf eine stärkere Einbindung von Bürgern in politische Entscheidungsprozesse zielen.

Derartige politische Aspirationen sind zumindest für Europa aus der Perspektive des Beitrages von *Ingolfur Blühdorn* illusionär. Blühdorn zufolge ist der Begriff ‚Postdemokratie‘ für die gegenwärtige Diskussion schon deshalb völlig ungeeignet, weil er rückwärtsgerichtet ist und über ein bloßes Lamento nicht hinauskommt. Ausgehend von der Diagnose einer weitgehenden ‚Entpolitisierung‘ entwirft Blühdorn das Modell einer ‚simulativen Demokratie‘, die als eine gleichsam dritte Stufe die Vorläufer der direkten und der repräsentativen Demokratie ablöst. Die sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre waren davon überzeugt, dass sich politische Legitimation nur durch radikale Politisierung und Partizipation realisieren ließe; unter den Bedingungen einer spätmodernen Gesellschaft – so Blühdorn – sind aber Strategien der Entpolitisierung und hierarchischen Organisation zur Legitimationserzeugung geeigneter. Ausgehend von dieser These beschreibt Blühdorn dann die simulative Demokratie als konzeptionelle Antwort auf diese Problemlage. Anders als Anhänger des Begriffs Postdemokratie wie Crouch und Jörke behaupten,

ten, ist das zentrale Charakteristikum der etablierten Demokratien nicht, dass sie bloß den falschen Anschein erwecken würden, sie seien demokratisch, während sie tatsächlich den Bürgern ihre demokratischen Rechte vorenthalten, sondern dass sie so tun, als ob es einen demokratischen Souverän gäbe, der Rechte und Ansprüche geltend machen könnte. Die simulative Demokratie basiert demgegenüber auf dem spätmodernen Konsumenten-Ich und (re-)produziert es in ihren politischen Prozessen.

Einen ganz anderen Blick auf mögliche Grenzen gegenwärtiger demokratischer Arrangements wirft der Beitrag von *Claudia Landwehr*. Landwehr stellt die aus Sicht von Demokratieverfechtern ketzerisch anmutende Frage, ob über die Verteilung von Gesundheitsgütern überhaupt demokratisch entschieden werden kann und soll. Doch anders als die Fragestellung vermuten lässt, wird in diesem Beitrag nicht probiert, etwa in Anschluss an das bekannte Arrow-Paradox des Rational-Choice-Ansatzes ein weiteres demokratisches Unmöglichkeitstheorem zu präsentieren; im Gegenteil sichtet Landwehr unter Heranziehung vergleichender Fallstudien unterschiedliche demokratische Prozeduren, mit denen die Verteilung von Medikamenten oder ärztlichen Behandlungen entschieden wird. Das Fazit ihrer Überlegungen fällt dann letztlich für die Demokratie gar nicht so negativ aus; zwar gibt es kein optimales demokratisches Verfahren, das zugleich partizipativ, wissenschaftlich begründet und wohlfahrtsmaximierend ist – die geschickte Kombination der bereits erprobten, aber je für sich defizitären Formen der Expertenkommission, der Konsensuskonferenz, der parlamentarischen Debatte und des distributiven Verhandelns erlaubt aber durchaus eine angemessene und vor allem demokratische Bewältigung dieses bedeutsamen Problems.

Ein neuer Diskurs?

In der Bilanz geben die abgedruckten Beiträge auf die Frage ‚Auf dem Weg in die Postdemokratie?‘

mehrheitlich eine verneinende Antwort, indem sie die Schwierigkeiten herausstellen, die die Arbeit mit diesem Begriff nach sich zieht. Gegen die Karrierechancen des Begriffs spricht sicherlich auch die Vermutung, dass dieser Terminus aufgrund seiner diversen Ambivalenzen nicht dazu taugt, als eine mobilisierende Programmformel sozialer Bewegungen oder anderer politischer Akteure zu fungieren, weshalb er wohl nur schwerlich Eingang in einen weitere Kreise einschließenden Sprachgebrauch finden wird.

Unabhängig von diesen begrifflichen Kalamitäten wird aus den Beiträgen zugleich deutlich, dass mit der Postdemokratie-Debatte ein neuralgischer Punkt in der gegenwärtigen demokratietheoretischen Diskussion getroffen ist. Der Begriff bringt die Vermutung zum Ausdruck, dass sich die herkömmliche Massendemokratie, die auf der politischen Konkurrenz großer sozialstruktureller Gruppen basiert, die sich dann in Parteien und Verbänden organisieren, langsam vor unseren Augen auflöst. An diesem Punkt gehen die Beiträge auch weiter als die Bücher, die Anfang der 1990er Jahre vom ‚Ende der Demokratie‘ sprachen.

Wie wichtig das Bild einer sozialstrukturell fundierten Massendemokratie letztlich ist, wird deutlich, wenn man sich die institutionellen Komponenten in den großen demokratietheoretischen Entwürfen seit der Nachkriegszeit von Ernst Fraenkel, Robert Dahl und Norberto Bobbio bis zu Jürgen Habermas und Robert E. Goodin vergegenwärtigt. Sie alle basieren auf der – häufig unausgesprochenen – Voraussetzung einer massendemokratischen Politisierung entlang sozialstruktureller Merkmale; einer Annahme, die bislang auch den demokratietheoretischen Verortungen neuer sozialer Bewegungen zu Grunde gelegt wird.

Das Anregungspotenzial der Postdemokratie-Literatur für eine vertiefte Reflexion der gegenwärtigen Lage etablierter Demokratien ist somit recht hoch, auch wenn mit dieser Vokabel wie mit den bisher vorgeschlagenen Theorie-

werkzeugen entscheidende Fragen bislang unbeantwortet bleiben. Die Suche nach besser geeigneten Begriffen, genaueren Problemdiagnosen, besseren zeitlichen Phasenschemata und klareren normativen Bezugspunkten für eine aktuelle Demokratietheorie ist auf jeden Fall eröffnet.

Hubertus Buchstein ist Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald. E-mail: buchstei@uni-greifswald.de.

Frank Nullmeier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik. E-mail: frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de.

Anmerkungen

¹Wir bedanken uns bei Jan Schulze und Steffi Krohn (beide Universität Greifswald) für die Hilfe bei der Vorbereitung des Heftschwerpunktes.

²Wir danken Oliver Flügel für ergänzende Hinweise zu den Texten von Rancière.

³Am prägnantesten zuletzt im Interview 2006.

⁴Ausführlicher zu diesem Verwendungskontext die Beiträge von E. Richter und K. Fischer in diesem Heft.

⁵Zu dieser Verwendungsweise siehe den Beitrag von I. Wehr in diesem Heft.

Literatur

Blühdorn, Ingolfur 2004: Future-Fitness and Reform Gridlock. Towards Social Inequality and Post-democratic Politics? In: *Debate. Review of Contemporary German Affairs*, Vol. 12, No. 2, 114-136.

Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie. In: *Leviathan*, Jg. 31, Heft 4, 470-496.

Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk 2006: Ende des Fortschrittsoptimismus. Der Begriff Post-

demokratie. In: *Frankfurter Rundschau*, 23. Mai 2006, 26.

Cansino, César/Covarrubias, Israel 2005: Muerte y resurrección des populismo en América Latina. In: *Metapolitica* No. 44 (Nov./Dez. 2005), 79-109.

Ceresole, Norberto 1999: Carta a los constituyentes (www.eud.com).

Ceresole, Norberto 2000: Caudillo, ejército, pueblo. La Venezuela del commandante Chávez. Madrid: Estudios Hispano-Árabes.

Crouch, Colin 2004: Post-Democracy. Cambridge: Polity.

Dahrendorf, Ralf 2002: Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito. München: Beck.

Jörke, Dirk 2005: Auf dem Weg zur Postdemokratie. In: *Leviathan*, Jg. 33, Heft 4, 482-491.

Klaus, Václav 2005: Europarat soll gegen ‚Postdemokratie kämpfen‘. *Radio Prague*, 19. Mai 2005 (www.radio.cz/de/nachrichten/66622).

Prodi, Romano 2006: Dieses Land ist verklavt worden. In: *Die Zeit*, 8. Juni 2006, 24.

Rancière, Jacques 1997: Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques/Riha, Rado/Sumic, Jelica: *Politik der Wahrheit*. Wien: Turia + Kant, 94-122.

Rancière, Jacques 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Rancière, Jacques 2005: La haine de la démocratie. Paris: Fabrique.

Rancière, Jacques 2006: Politik gibt es nur als Ausnahme. In: *Polar – Halbjahresmagazin für Politische Philosophie und Kultur*, Jg. 1, Nr. 1, 73-78.

Walter, Franz 2006: Lockere Sitten bei fetten Mehrheiten. *Spiegel-Online*, 3. Juli 2006 (www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,424845,00.html).

Wolin, Sheldon S. 2001: *Tocqueville between Two Worlds*. Princeton: Princeton University Press.